Ausschuss Berufliche Bildung der Deputation für Bildung

Ergebnisvermerk über die 9. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort:
7. Oktober 2010	15:00 Uhr	16:30 Uhr	Senatorin für Bildung und Wissenschaft Rembertiring 8-12, 28195 Bremen Sitzungsraum 120

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Vermerks der 8. Sitzung am 17. August 2010

TOP 3: Eckpunkte zum Gesamtkonzept „Berufsorientierung" und „Übergang Schule - Beruf"
Vorlage Nr. 18

TOP 4: Weiterentwicklung der Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher
Bericht und weiteres Verfahren

TOP 5: Fachtagung Berufliche Bildung
Demographischer Wandel und Zukunft der beruflichen Bildung am 23./24. September 2010
Erstes Resumée

TOP 6: Verschiedenes

- keine Anmeldungen

Herr Platter eröffnet die Sitzung und entschuldigt Herrn Staatsrat Othmer, der terminlich verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen.

Zu TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie oben dargestellt festgelegt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 8. Sitzung am 17. August 2010

Der Vermerk über die 8. Sitzung am 17. August 2010 wird genehmigt.

Zu TOP 3: Eckpunkte zum Gesamtkonzept „Berufsorientierung" und „Übergang Schule - Beruf"
Vorlage Nr. 18

Frau Seevers bittet darum, Frau Mausolf und Herrn Nelson zu entschuldigen. Beide sind terminlich verhindert, an der Sitzung teilzunehmen.

Frau Seevers fasst die zentralen Ziele des Gesamtkonzepts „Berufsorientierung" und Übergang Schule – Beruf" zusammen. Seit Jahren gelingt der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung einer großen Zahl von Jugendlichen nicht oder nicht sofort. Jugendliche durchlaufen eine Folge von Maßnahmen, ohne dass dies zur Aufnahme einer Ausbildung führt.

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hat deshalb die Erarbeitung eines systematischen Konzepts der Berufsorientierung und des Übergangs beauftragt, in dem auf

der Basis bisheriger Erfahrungen einzelnen Schritte und Maßnahmen eng aufeinander abgestimmt sind. Das bestehende Übergangssystem ist deutlich zu reduzieren. Auch benachteiligte Jugendliche sollen in unmittelbarem Anschluss an Schule eine Ausbildung aufnehmen. Das vorliegende Konzept wird derzeit mit den Partnern der neuen „Bremer Vereinbarungen 2011-13" abgestimmt, um die Arbeit und den Ressourceneinsatz insgesamt auf die Umsetzung des Konzepts auszurichten. Daher kann es noch zu Änderungen in der Ausformulierung des Konzepts kommen.

Frau Jendrich übernimmt es, den Part „Berufsorientierung" in Vertretung für Herrn Nelson zusammenfassend darzustellen. Sie informiert unter anderem darüber, dass geplant ist, der Deputation für Bildung im Dezember die neue Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen von der Jahrgangsstufe 1 bis 13 vorzulegen. Außerdem sollen künftig die Oberschulen und Gymnasien verpflichtend am Prozess der Zertifizierung zum „Bremer Qualitätssiegel" (Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung) teilnehmen. Bislang entscheiden die Schulen über ihre Teilnahme noch selbst.

Anschließend diskutieren die Deputierten die einzelnen Eckpunkte.

Nachstehend werden die Änderungen festgehalten, die die Verwaltung entweder noch zur Sitzung der Deputation für Bildung am 28. Oktober 2010 in die Vorlage einarbeiten oder in der Deputationssitzung beantworten wird:

Zu 1 „Minimierung der Anzahl von Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen"

Die Frage von Herrn Brumma, ob es sich bei der rückläufigen Zahl der Schulentlassenen ohne Abschluss lediglich um eine Folge des demographischen Wandels oder um eine tatsächliche Verbesserung handle, soll von Herrn Nelson in der Sitzung der Deputation für Bildung am 18.10.2010 beantwortet werden.

Zu 2 „Weiterentwicklung der Richtlinie zur Arbeits- und Berufsorientierung"

Herr Dr. Buhlert würde es begrüßen, wenn auch die Schulen in freier Trägerschaft in den Prozess der Zertifizierung zum „Bremer Qualitätssiegel" eingebunden würden. Herr Nelson wird gebeten, sich hierzu in der Sitzung der Deputation für Bildung zu äußern.

Zu 3 „Konzeptionelle und personelle Verankerung an den Schulen"

Herr Nelson soll gebeten werden, die unter diesem Punkt vorgesehene „strukturierte Elternarbeit" näher darzustellen. Insbesondere möchte Frau Mahnke wissen, welche Unterstützung die Eltern dabei erfahren werden.

Zu 4 „Aus- und Fortbildung von Lehrer/-innen"

Auf Nachfrage von Frau Mahnke bestätigt Herr Dagott, dass nicht nur das LIS in Bremen, sondern auch das Lehrerfortbildungsinstitut in Bremerhaven Fortbildungsveranstaltungen anbieten wird. Die Vorlage wird um diese Aussage ergänzt.

Zu 7 „Schülerfirmen"

Frau Seevers weist darauf hin, dass im letzten Satz das Wort „mindestens" auf Hinweis von Herrn Staatsrat Othmer in der Vorlage für die Deputation gestrichen wird, so dass es heißen wird: „Die SBW strebt an, an jeder Oberschule und an jedem Gymnasium sowie jeder Werkschule eine Schülerfirma zu etablieren."

Zu 10 „Kooperationsvertrag mit der Agentur für Arbeit"

Herr Dr. vom Bruch empfiehlt, in die Kooperationsvereinbarung zwischen der SBW und der Agentur für Arbeit auch die HWK, die HK und die IHK einzubinden.

Zu 11 „Weitere Kooperationen"

Frau Seevers weist darauf hin, dass der Satz „Dabei soll auch die Verbesserung der Lese- und Sozialkompetenz Berücksichtigung finden." aus der Vorlage gestrichen wird, weil er dort nicht richtig verortet ist.

Zu 14 „Schrittweiser Abbau der berufsvorbereitenden Maßnahmen im schulischen und außerschulischen Übergangssystem"

Frau Seevers teilt mit, dass in der Überschrift „Schrittweiser Abbau" in „Schrittweise Begrenzung" geändert werden wird und verweist auf die hierzu noch laufenden Verhandlungen mit den Agenturen für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften. Maßnahmen des Übergangssystems sollten nicht nur im Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, sondern auch im Bereich der anderen Partner abgestimmt abgebaut werden.

Zu 15 „Begleitung in die Ausbildung und während der Ausbildung"

Auf Anregung von Herrn Brumma wird der Satz „Die Partner bemühen sich um die abgestimmte Einwerbung externer Mittel" konkreter gefasst und wie folgt formuliert: „Die Partner werden in gemeinsamer Abstimmung externe Mittel einwerben".

Zu 17 „Qualifizierungsbausteine"

Frau Seevers kündigt eine geänderte Formulierung an, mit der darauf hingewiesen werden wird, dass die Partner vereinbaren, in den ersten Monaten des Jahres 2011 ein abgestimmtes Konzept vorzulegen.

Damit endet die Diskussion der einzelnen Eckpunkte.

Frau Mahnke findet das Gesamtkonzept sehr gut, erwartet jedoch bei seiner Umsetzung höhere Kosten. Sie fragt, ob es zur Finanzierung Gespräche unter den beteiligten Ressorts gibt.

Herr Platter stellt dar, dass die Eckpunkte zunächst in einzelne Konzepte gegossen und anschließend in Strukturen überführt werden müssten. Die dabei vorzunehmenden Bündelungen bisheriger Doppelstrukturen ließen Einsparungen erwarten. Wenn diese eingesparten Mittel im System belassen würden, könnten damit aus seiner Sicht die neue wirksamere Strukturen finanziert werden.

Frau Seevers kündigt an, dass die Arbeitsgruppe die einzelnen Teile des „Eckpunktepapiers" noch weiter miteinander verschränken wird.

Die Anwesenden begrüßen die Grundzüge des von der Arbeitsgruppe vorgelegten Gesamtkonzepts.

Beschluss: **einstimmig**

Der Ausschuss für Berufliche Bildung bittet die Verwaltung, die Eckpunkte auf Basis der Diskussion zu überarbeiten und das so überarbeitete Konzept der Deputation für Bildung zur Kenntnis zu geben.

Zu TOP 4: Weiterentwicklung der Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher Bericht und weiteres Verfahren

Herr Wittenberg berichtet, dass zur Finanzierung der neuen Ausbildungsstruktur, an der die Ressorts Soziales und Finanzen beteiligt seien, in dieser Woche ein Durchbruch erzielt worden sei. Die Mittel für die Bezahlung der Praktikantinnen im Anerkennungsjahr wurden bislang von der Senatorin für Finanzen verwaltet. Als Ergebnis der Verhandlungen sei beabsichtigt, dass die dafür im Etat bereitgestellten Mittel erhalten bleiben und ab dem Schuljahr 2014/15 dem Bildungsressort zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen diese Mittel den Höchstbetrag darstellen, den das Finanzressort für die Bezahlung der Erzieherinnen im dritten Jahr der Ausbildung, für die zusätzlichen Kosten der neuen

Ausbildungsstruktur und auch für eine eventuelle Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die ersten Klassen der Berufsfachschule für Sozialassistenz sollen im Schuljahr 2011/12 eingerichtet werden. Im Schuljahr 2012/13 solle mit der Erzieherinnenausbildung in der neuen Struktur begonnen werden. Zum Schuljahr 2014/15 sei die Struktur dann so weit hochgewachsen, dass die Schülerinnen in das 3. Ausbildungsjahr der Fachschule für Sozialpädagogik eintreten und im Praktikum eine Bezahlung erhielten. Jetzt müsse noch Bremerhaven einbezogen werden.

Bis zur Sitzung der Deputation für Bildung am 2.12.2010 werde der Deputation eine Vorlage zugeleitet, in der das Konzept, seine Finanzierung und der Zeitplan für die Umsetzung dargelegt werden. Diese Vorlage werde über den Ausschuss für Berufliche Bildung am 18.11.2010 geleitet werden.

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt den Stand des Verfahrens zur Kenntnis.

Zu TOP 5: Fachtagung zu den Perspektiven der beruflichen Bildung im Lande Bremen am 23./24. September 2010 „Demographischer Wandel und Zukunft der beruflichen Bildung“ Erstes Resumée

Herr Platter berichtet von seinen Eindrücken und den positiven Rückmeldungen, die er von der gut besuchten Fachtagung erhalten habe. Die Beratungen mit den Experten aus Bremen und den anderen Bundesländern zum Übergangssystem Schule – Berufsbildung hätten viele Anregungen und fachliche Einschätzungen erbracht, deren Auswertung jetzt erfolge und dem Ausschuss vorgestellt werde. Das gleiche gelte für das Anliegen der Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung für leistungsstarke Jugendliche. Auch die dazu erhaltenen wertvollen Hinweise würden jetzt aufbereitet und dem Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Brumma dankt im Namen des Ausschusses für die Ausrichtung der gelungenen Tagung und bittet darum, im Ausschuss die zu den einzelnen Segmenten entwickelten neuen Konzepte zu gegebener Zeit zur Beratung vorzulegen.

Zu TOP 6: Verschiedenes

Keine Anmeldungen.

gez. Reinhard Platter	gez. Winfried Brumma	gez. Hanne Cordes
Vorsitz	Sprecher	Protokollführerin